

## Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

### **Starke Stadtwerke, Schutzschirm wegen Schuldenbremse, bessere Bürgerbeteiligung**

Die Städte fordern eine starke Rolle der Stadtwerke beim Umbau der Energieversorgung, sie plädieren für Schutzmechanismen wegen der Schuldenbremse, und der neue Präsident spricht sich für eine bessere Bürgerbeteiligung aus: drei Themen, die bei der 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 3. bis 5. Mai 2011 in Stuttgart zur Sprache kamen. „Wir appellieren an den Bund: Beziehen Sie die Kommunen und ihre Stadtwerke in die Gespräche über die Energiepolitik der Zukunft ein. Schließlich lässt sich allein über die Städte eine dezentrale Energieversorgung leisten“, erklärte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, zu Beginn der Hauptversammlung.

In ihrer Rede vor den mehr als 1.000 Delegierten und Gästen sicherte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Anschluss zu, dass auch Gespräche mit den Stadtwerken für eine zukunftsfähige Energieversorgung stattfinden werden. Zudem bekräftigte sie, dass es keine Gewerbesteuerreform gegen den Willen der Kommunen geben werde.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, machte das Motto der Hauptversammlung „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ zum Thema seiner Analyse. An Bund und Länder gerichtet sagte er: „Wenn es um den Zusammenhalt geht, wollen wir keine Programme mehr, deren Umsetzungsbedingungen keiner kennt. Wir wollen keine Projekte mehr, deren Ziele niemand einzuhalten vermag und wir wollen keine Zusagen mehr, die niemand finanzieren kann.“ Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude wurde für zwei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt. Ude sprach sich dafür aus, die kommunale Demokratie durch verbesserte Bürgerbeteiligung zu stärken, ohne die politischen Gremien zu schwächen. „Wir müssen uns immer fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen“. Als Ergebnis der Hauptversammlung wurde eine Stuttgarter Erklärung „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ verabschiedet. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster hatte zur Begrüßung gesagt: „Der starke Zusammenhalt der Städte sichert die Zukunft unserer Städte.“ – Alle Texte zur Hauptversammlung finden Sie in der Rubrik „Schwerpunkte“ auf [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

#### Inhalt

#### **2–6** Im Blickpunkt

- **Hauptversammlung**
- **Stuttgarter Erklärung**
- **Wahlen**

#### **5** Beschlüsse

#### **8** Termine

### Auftakt zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart

## Städte fordern Schutzschirm wegen Schuldenbremse der Länder – Vorfahrt für Energieerzeugung der Stadtwerke

Der Deutsche Städtetag hatte zum Auftakt seiner Hauptversammlung in Stuttgart die besondere Rolle der Städte für politische Stabilität und sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorgehoben. „Eine familienfreundliche Gesellschaft, Bildung, Integration, Klimaschutz, eine umweltfreundliche Energiewende und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes sind nur mit starken Städten zu verwirklichen“, sagte die Präsidentin des kommunalen Spitzenverbandes, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth in der Auftaktpressekonferenz. Bund und Länder könnten mit den Städten rechnen, wenn es darum gehe, die Zukunft zu sichern. Umgekehrt benötigten die Städte kommunalfreundliche Entscheidungen der Bundesregierung und der Landesregierungen, um handlungsfähig zu sein und den Menschen wie der Wirtschaft gute Lebensbedingungen und eine gute Standortqualität bieten zu können.

An der alle zwei Jahre tagenden Hauptversammlung des Deutschen Städtetages nahmen mehr als 1.000 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik teil. In fünf Foren diskutierten die Delegierten mit externen Fachleuten über Bildung als Investition in die Zukunft, nachhaltige Stadtentwicklung, Personalwirtschaft, Kommunalfinanzen vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und über die weltweite Rolle der Städte für Entwicklung und Zusammenhalt.

### Finanzlage vieler Städte weiter dramatisch

Zur Finanzlage der Kommunen sagte Städtetagspräsidentin Petra Roth: „Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die immer stärker gewordene Belastung der Städte mit Aufgaben sind in den kommunalen Haushalten deutlich sichtbar. Die Finanzlage vieler Städte ist nach wie vor dramatisch. Die Kommunen hatten 2010 mit 7,7 Milliarden Euro das zweithöchste Defizit seit Bestehen der Bundesrepublik zu verzeichnen. Gleichzeitig hilft der Aufschwung schneller als gedacht und bringt vielen Städten wieder höhere Steuereinnahmen, vor allem dank der Gewerbesteuer – das ist eine gute Nachricht.“

Trotz Aufschwung spürten die Menschen aber vor Ort, dass Angebote der Städte zum Teil ausgedünnt werden und die Infrastruktur leidet. Im öffentlichen Nah-

verkehr zum Beispiel herrsche ein Sanierungsstau von 2,4 Milliarden Euro, der jährlich um 300 Millionen Euro wachse.

Ursache für die tiefgreifenden strukturellen Finanzprobleme der Kommunen, so Präsidentin Roth weiter, sei vor allem die jahrzehntelange Praxis von Bund und Ländern, den Kommunen immer mehr Aufgaben, besonders im Sozialbereich, zu übertragen, ohne dass dafür hinreichende Finanzmittel bereitgestellt wurden: „Die Verschuldung der Städte ist dadurch in den vergangenen Jahren in schwindelerregende Höhen gewachsen, vor allem bei den kurzfristigen Kassenkrediten. Diese Kredite der Kommunen, mit denen immer mehr laufende Ausgaben auf Pump finanziert werden müssen, liegen inzwischen bei über 40 Milliarden Euro. Das ist doppelt so viel wie im Jahr 2004.“

Schlussfolgerung: Die Kommunen benötigen einen Schutzschirm, der sie davor bewahrt, dass die Länder unter dem Konsolidierungsdruck durch die Schuldenbremse die Finanzlage der Kommunen noch verschärfen und Verschuldung auf die Städte verlagern. Petra Roth: „Wir brauchen in der Bundesrepublik in den Ländern ein kommunales Existenzminimum. Das heißt, eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen als absolute Untergrenze. Denn so sinnvoll die Schuldenbremse für Bund und Länder auch sein mag: Sie führt vor allem die Länder in die Versuchung, bei ihren Finanzmitteln für die Kommunen zu sparen, statt den unbequemen Weg des Aufgabenabbaus und der Deregulierung einzuschlagen.“ Bisher komme eine hinreichende finanzielle Mindestausstattung der Kommunen nicht zustande, weil die Länder immer wieder auf ihre begrenzte finanzielle Leistungsfähigkeit verweisen.

### Lob für die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund

Ausdrückliches Lob sprach die Städtetagspräsidentin Bund und Ländern für die Zusage aus, die Kommunen schrittweise von den Ausgaben der Grundsicherung im Alter zu entlasten: „Angesichts der Rekordhöhe der kommunalen Sozialausgaben von inzwischen 42 Milliarden Euro freuen wir uns über die angekündigte spürbare Entlastung bei der Grundsicherung, die bis zum Sommer als Gesetz verabschiedet werden soll. Dieser

Posten macht derzeit rund ein Zehntel der Sozialausgaben aus und wird längerfristig weiter dynamisch anwachsen. Die Kommunen sind keine Rentenkasse. Deshalb ist die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Menschen im Alter ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu bieten, beim Bund richtig angesiedelt.“ Es sei auch der Arbeit des Deutschen Städtetages zu verdanken, dass das Kernproblem der Kommunalfinanzen, die hohen Sozialausgaben, ins Bewusstsein der Bundespolitik gerückt sei.

Optimistisch äußerte sich Petra Roth zur Gewerbesteuer, die von der Koalition in Berlin auf den Prüfstand und von der FDP grundsätzlich in Frage gestellt worden war: „Die wichtigste Steuer der Städte wird nicht abgeschafft, sondern bleibt erhalten. Dafür haben die Städte gemeinsam gekämpft, die finanzstärkeren und die finanzschwächeren, die Städte in den alten und den neuen Ländern. Wir setzen darauf, dass in den nächsten Wochen in der Schlussphase der Arbeit der Gemeindefinanzkommission die Gewerbesteuer auch nicht geschwächt wird.“ Alle Beteiligten wüssten, dass die Städte einmütig an den Hinzurechnungen von Mieten, Zinsen, Pachten und Leasingraten zur Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer festhalten, die der Steuervermeidung durch Unternehmen entgegenwirkten. Die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, hatte im Verlauf der Stuttgarter Tagung ihre Zusage wiederholt, keine Reform gegen die Kommunen durchzusetzen.

### Ohne massive Hilfe der Länder gelingt Ausbau der Kinderbetreuung nicht

An die Länder richtete die Städtetagspräsidentin den eindringlichen Appell, den Ausbau der Kinderbetreuung finanziell stärker zu unterstützen: „Die Städte unternehmen große Anstrengungen, um den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige voranzutreiben.“ Es gebe beachtliche Fortschritte, aber es fehlten nach den letzten bisher verfügbaren Zahlen noch rund 280.000 Plätze, um bundesweit auf 750.000 Plätze zu kommen. „Es wird äußerst schwer, im Jahr 2013 den Rechtsanspruch auf Betreuung umzusetzen. Ohne massive Hilfe der Länder können die Städte auch bei allergrößter Anstrengung den vollständigen Ausbau nicht bewältigen“, so Petra Roth weiter. Sie erinnerte an das Urteil des höchsten Gerichts in Nordrhein-Westfalen aus dem Herbst 2010, in dem klargestellt wurde, dass das Land entsprechend dem Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ nach Abzug der Bundesmittel die vollen Kosten für den gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau tragen muss.

### Appell zur Energiepolitik

Zur aktuellen Debatte um die künftige Energiepolitik sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, in der Pressekonferenz zu Beginn der Hauptversammlung, die Städte begrüßten, dass die sieben ältesten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sind und die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke erneut zur Diskussion steht. Christian Ude: „Die Städte und ihre Stadtwerke sind ein starker Partner für eine umweltfreundliche Energiewende, für eine Energieerzeugung, die sicher ist und das Klima schont. Die Stärken der Städte und der kommunalen Unternehmen für eine verlässliche und dezentrale Energieversorgung sollten besser genutzt werden, wenn jetzt in der Energiepolitik in Deutschland umgesteuert wird. Wir appellieren an Bund und Länder: Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung durch lokale und regionale Energieversorger müssen Vorfahrt erhalten.“

Um Klimaschutz und erneuerbare Energien weiter voranzutreiben, benötigten die Stadtwerke faire Wettbewerbsbedingungen, gerade auch im Vergleich zu den großen Konzernen. Die klaren wirtschaftlichen Vorteile der Konzerne durch die im vergangenen Jahr beschlossene Laufzeitverlängerung seien vom Deutschen Städtetag immer kritisiert worden, weil dadurch die Investitionen der Stadtwerke in erneuerbare Energien unrentabler würden.

### Kritik an Kürzung der Städtebauförderung

Ude kritisierte die Kürzungen des Bundes bei der Städtebauförderung, die vor allem das Programm „Soziale Stadt“ schwer treffen. Die Eckpunkte des Bundeshaushaltes 2012 ließen befürchten, dass die Städtebauförderung nach einer erheblichen Kürzung im Jahr 2011 auf 455 Millionen Euro erneut drastisch auf 265 Millionen Euro reduziert werden soll. „Kahlschlag bei der Sozialen Stadt ist kontraproduktiv“, so Ude: „Gerade dieses Programm hilft, benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren und in Integration und den lokalen Arbeitsmarkt zu investieren. Dringend notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen hier nicht ausgebremst werden, weil sie helfen, Stadtviertel familien- und altengerecht umzubauen und energetisch zu optimieren.“ Der Deutsche Städtetag appelliere deshalb an Bundesregierung und Bundestag, die Städtebauförderung für 2012 auf keinen Fall erneut zu kürzen, sondern mindestens auf dem Niveau von 2010 in Höhe von 535 Millionen Euro zu erhalten.

### Abschluss der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart

## Ude: Kommunale Demokratie durch verbesserte Bürgerbeteiligung stärken, ohne politische Gremien zu schwächen

Der neu gewählte Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, hat sich dafür ausgesprochen, die kommunale Demokratie durch verbesserte Bürgerbeteiligung zu stärken, ohne die politischen Gremien zu schwächen. „Wir müssen uns immer fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen“, sagte Ude bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart.

Ude sprach sich während seiner Abschlussrede dafür aus „noch mehr Demokratie zu wagen“ und forderte: „Bei den hervorragenden Instrumenten des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids darf es keine Hürden geben, die kaum überwindbar sind; das gilt auch für

Volksentscheide. Wenn wir Kommunalpolitiker unsere Legitimation auch bei verheerend niedriger Wahlbeteiligung nicht in Zweifel ziehen, dürfen wir bei Einzelentscheidungen der Bürgerschaft keine höheren Prozentsätze verlangen, als sie uns selber als Legitimationsbasis zur Verfügung stehen.“

Stärkere Bürgerbeteiligung dürfe aber nicht zu einer Lähmung der Arbeit der gewählten Mandatsträger und politischen Gremien führen, warnte der Städtetagspräsident zugleich. „Ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte, die demokratisch gewählt sind und sich jahrelang sachkundig machen, werden noch viele Tausende Entscheidungen zu treffen haben, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch neue Kinderkrippen und Schulerweiterungen, Wohnungsbauten und Verwaltungsgebäude, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Leistungen und kulturelle Angebote zu befriedigen.“ Diese sollten mit Selbstbewusstsein arbeiten können.

### **Stuttgarter Erklärung: „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“**

Während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde eine Stuttgarter Erklärung „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ von den Delegierten verabschiedet. Zuvor diskutierten die Delegierten mit externen Fachleuten in fünf Foren über Bildung, Stadtentwicklung, Personalwirtschaft, Kommunalfinanzen und über die Rolle der Städte in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Stuttgarter Erklärung hat folgende Schwerpunkte:

- **Keine Schuldenbremse auf Kosten der Kommunen**
- **Kommunale Handlungsspielräume und Kompetenzen in der Bildung stärken – finanzielle Rahmenbedingungen sichern**
- **Kommunale Infrastruktur nachhaltig entwickeln**
- **Personalwirtschaft der Städte zukunftsorientiert sichern**
- **Kompetenz der Städte beim Aufbau demokratischer und dezentraler Strukturen in der Welt nutzen**

Die Stuttgarter Erklärung ist im Internetangebot des Deutschen Städtetages in der Rubrik „Schwerpunkte“ abrufbar unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

## Rede „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten“

### Articus: Stadtpolitik darf den Austausch mit der Stadtgesellschaft nicht abreißen lassen

Aus der Rede von Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages lesen Sie hier Auszüge:

Unser Motto lautet „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ Was ist Zusammenhalt, wie steht es um ihn, wie sind die Perspektiven, und welche Rolle spielt dabei die Stadtpolitik? (...) Gute Stadtpolitik stärkt den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

(...) Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland ist gut integriert. Aber je nach gewähltem Indikator sind eben zehn, fünfzehn, zwanzig Prozent der Menschen nicht integriert und nehmen nicht teil an dieser gelungenen Integration. (...) Ich würde drei nachhaltig schwerwiegende Politikfehler mit hoher Relevanz für die Integration in den Vordergrund stellen:

1. eine falsche Migrationspolitik, die die Fragen des Verbleibs der Migranten und die Förderung ihrer Integration buchstäblich jahrzehntelang ausgeblendet hat;
2. eine falsche Schulpolitik, die das Versprechen der Chancengleichheit seit den 70er Jahren formuliert, aber bis in unsere Zeit verfehlt hat;
3. eine falsche Sozialpolitik am Rande der Gesellschaft, die in einer immer perfekteren Maschinerie der Sozialverwaltung, Alimentation in der Not sichergestellt, aber ernsthafte Unterstützung für bessere Teilhabechancen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt vielfach versäumt hat. (...)

Mittlerweile sind wir längst schon gesellschaftlich und politisch auf neuen, besseren Wegen in den Integrationsbemühungen, in den Bemühungen um eine bessere Wiedereingliederung Arbeitsloser und auch in der Förderung von Bildungschancen und Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen. (...) Aber für den Erfolg brauchen wir Nachhaltigkeit, denn alte Fehler wirken nach, die Strahlkraft neuer politischer Ansätze ist noch begrenzt, und Missverständnisse müssen erst überwunden werden. (...) Es scheint Vorsicht geboten mit den Befunden, Integrationsbereitschaft werde unwiderrufbar verweigert. (...)

Wir stehen gewiss an einem Wendepunkt im Hinblick auf die Überwindung von sozialen und integrationspolitischen Fehlern in der Vergangenheit. (...) In den

Beziehungen von Politik und Gesellschaft hat Kommunalpolitik eine Scharnierfunktion:

1. weil sie die Nahtstelle zwischen zivil- und stadtgesellschaftlichen Prozessen und politischer Förderung des Zusammenhalts ist; sie agiert auf beiden Feldern.
2. weil die Kommunalpolitik in besonderem Maße auf den Ausgleich, auf die zuträgliche Verteilung von Aufmerksamkeit und Ressourcen für die unterschiedlichen Lebensbereiche und Lebensformen ausgerichtet ist (...)
3. weil die Kommunalpolitik im Besonderen und die Fragen des Zusammenhalts im Allgemeinen gleichermaßen nur im Konsens einer Mehrheit der politischen Kräfte und der zivilgesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Milieus dauerhaft erfolgreich ausgerichtet werden können. (...)

Wie aber werden die Erfahrungen und Konsenspotenziale der Kommunalpolitik wirksam im Sinne einer besseren politischen Förderung und im Sinne einer Stärkung des Zusammenhalts?

1. Gegenüber der Politik des Bundes und der Länder, müssen die Städte aus ihren kommunalpolitischen Erfahrungen heraus parteiübergreifend nachhalten:
  - dass gute politische Ziele und Zusagen alleine nicht ausreichen;
  - dass gute Umsetzung nicht ohne finanzielle Mittel möglich ist;
  - dass erfolgreiche Ergebnisse ohne Überprüfung nicht erreichbar sind. (...)
2. Stadtpolitischer Eigenbeitrag zur Förderung des Zusammenhalts ist es, den Austausch mit der Stadtgesellschaft, ihren Gruppen und Initiativen nicht abreißen zu lassen, sondern um dessen Weiterentwicklung bemüht zu sein. (...)

Wo der Zusammenhalt stark ist, initiiert die Stadtgesellschaft Schutz. Wo Zusammenhalt geschwächt ist, initiiert sie Hilfen der Politik. Wo Unsicherheit über den Zusammenhalt besteht, initiiert sie Entwicklung. Dieser Austausch zwischen Stadtpolitik und Stadtgesellschaft ist gewiss eine noch nicht komplett genutzte Ressource in der Stärkung und im Schutz des Zusammenhalts.



### Hauptversammlung in Stuttgart

## Münchener Oberbürgermeister Christian Ude zum Präsidenten gewählt, Rosemarie Wilcken ist Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages

Der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude ist zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt worden. Bei der 36. Hauptversammlung in Stuttgart wählten die Delegierten den SPD-Politiker zum dritten Mal – nach 2005 in Berlin und 2007 in München – für zwei Jahre ins höchste Amt des größten kommunalen Spitzenverbandes. Seit 2009 war er Vizepräsident des Deutschen Städtetages, 2003 bis 2005 fungierte er als stellvertretender Präsident. Christian Ude ist seit 1993 Oberbürgermeister von München und gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 1996 an. Ude löst die bisherige Präsidentin, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Dr. h.c. Petra Roth (CDU) ab, die zur Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages gewählt wurde. Sie stand in den Jahren 1997 bis 1999, 2002 bis 2005 sowie 2009 bis Mai 2011 an der Spitze des Deutschen Städtetages. Roth ist seit 1995 Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und gehört seitdem auch dem Präsidium des Deutschen Städtetages an.

Als Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, Stuttgart, sowie Oberbürgermeister Horst Frank, Konstanz. Neu in dieses Amt aufgerückt sind Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld sowie Oberbürgermeister Horst Frank. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hatte zuvor Olaf Scholz, Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Hansestadt Hamburg, Bürgermeister Stefan Weigler, Wolgast, sowie Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke, Frankfurt (Oder) ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Zudem wurde der neu gewählte Darmstädter Oberbürgermeister Jochen Partsch, als Präsidiumsmitglied für die Zeit ab seinem Amtsantritt benannt.

Einstimmig wählten die Delegierten der Hauptversammlung die ehemalige Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar, Dr. Rosemarie Wilcken, als erste Frau zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages. Wilcken, die nach zwanzigjähriger Amtszeit im vergangenen Jahr in den Ruhestand ging, gehörte seit 1992 dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an, war 20 Jahre Mitglied im Präsidium und fungierte seitdem auch als Stellvertreterin des Präsidenten bzw. der Präsidentin. Dazu vertrat sie die Belange der Städte in externen Gremien wie dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit.

Die scheidende Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth, würdigte die große Leistung von Dr. Rosemarie Wilcken für die deutschen Städte: „Rosemarie Wilcken verkörpert in vorbildlicher Weise das, was wir immer als große Stärke unseres Deutschen Städtetages betonen: Eine konsequent überparteiliche Orientierung an der Sache, an der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich die Städte in Ost und West trotz manchmal unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Interessen niemals gegeneinander haben ausspielen lassen. Damit hat sie einen großen Beitrag zum Zusammenwachsen unserer Städte geleistet – und damit zum Zusammenwachsen und zur Einheit unseres Landes insgesamt.“

Rosemarie Wilcken gehöre zweifellos zu den herausragendsten unter den Frauen und Männern der ersten Stunde, die in den turbulenten Monaten vor und nach der Wiedervereinigung in ihren Städten kommunalpolitische Verantwortung übernommen haben und die den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung und der lokalen Demokratie maßgeblich voran gebracht haben. Als Vorstandsvorsitzende der Deutschen Stiftung Denkmalschutz werde Dr. Wilcken das Gesicht der Städte weiter mitprägen, so Roth.

### Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss in Stuttgart

- **Bundekinderschutzgesetz**
- **Positionspapier „Sicherheit und Ordnung“**
- **Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente im SGB II und SGB III**

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“/ „Beschlüsse“ unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).



## Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn nicht nur seine Kunden von ihm profitieren. Sondern alle.



**Sparkassen fördern Bildung in allen Regionen Deutschlands.**

Im Rahmen ihres sozialen Engagements ermöglichen sie Bildungsangebote für alle Teile der Bevölkerung. Sparkassen fördern gemeinnützige Vorhaben im Bildungs- und Sozialbereich mit jährlich über 156 Mio. Euro, denn Wissen ist der wichtigste Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Das ist gut für die Menschen und gut für Deutschland. [www.gut-fuer-deutschland.de](http://www.gut-fuer-deutschland.de)

<b>Bildung</b>	<b>Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke</b> Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag 27. bis 28. Oktober 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>
<b>Soziales</b>	<b>14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag</b> Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe 7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart Weitere Informationen unter <a href="http://www.jugendhilfetag.de">www.jugendhilfetag.de</a>
<b>Stadtentwicklung</b>	<b>5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik</b> Veranstaltung des BMVBS, der Bauministerkonferenz der Länder, des Deutschen Städtetages und des DStGB 13. bis 14. Oktober 2011 in Kassel Weitere Informationen unter <a href="http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de">www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de</a>
<b>Umwelt</b>	<b>Städtebaurecht – Neue umweltbezogene Anforderungen?</b> Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik 16. bis 17. Juni 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>
<b>Wirtschaft</b>	<b>Forum deutscher Wirtschaftsförderer (FdW)</b> 17. bis 18. November 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://extranet.staedtetag.de">extranet.staedtetag.de</a> <b>Technologiemesse „UrbanTec – smart technologies for better cities“</b> Veranstaltung der Kölnmesse mit Unterstützung des Deutschen Städtetages 24. bis 26. Oktober 2011 in Köln Weitere Informationen unter <a href="http://www.urbantec.de">www.urbantec.de</a>
<b>Recht</b>	<b>16. Deutscher Präventionstag „Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Kriminalprävention?“</b> Veranstaltung des Deutschen Präventionstages 30. bis 31. Mai 2011 in Oldenburg Weitere Informationen unter <a href="http://www.praeventionstag.de">www.praeventionstag.de</a>
<b>Organisation</b>	<b>Fortbildung für Kommunalstatistiker</b> Seminar der KGST 10. bis 14. Oktober 2011 in Bamberg (Grundseminar) 17. bis 21. Oktober 2011 in Bamberg (Aufbauseminar) Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>

Herausgeber: Deutscher Städtetag  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon: 030/377 11-0  
Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/37 71-0  
E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de), Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus  
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Redaktion: Daniela Schönwälder, Dorothea Kesberger  
Gestaltung: Elke Postler, Druck: Media Cologne GmbH, Hürth  
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef  
Telefon: 022 24/90 21-21, Fax: 022 24/90 21-23, E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)